

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 6 (1980)
Heft: 6

Artikel: Frauensolidarität statt Parteiraison!
Autor: Küng, Zita
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-359281>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Im Nationalrat ist die Initiative "Gleiche Rechte für Mann und Frau" vom Bürgerblock – allen voran seinen Frauen: Füeg, Aubry, Segmüller u.a. – abgewürgt worden. Und dies unter gleichzeitiger Betörung: "Wir sind für die Gleichberechtigung!"

Es geschah erwartungsgemäss und dem Bundesrat in getreuer Gefolgschaft.

Bei all der nachfolgenden (Selbst-)kritik sei es vorangestellt: die kurzfristig ange setzte und dennoch gut vorbereitete nationale Kundgebung für das Volksbegehren hat mehr Öffentlichkeit her gestellt.

Frauensolidarität statt Partei - raison !

Im "Jahr der Frau" – 1975 – gingen couragierte Frauen für die Initiative auf die Strasse – bürgerliche und SP-Frauen. Das Sammeln der 50'000 Unterschriften (damals noch...) erwies sich als strapaziös, und einen guten Rest sammelten die zu Hilfe geeilten damaligen Progressiven Frauen (die Vorläuferinnen der OFRA). So couragierte die Initiantinnen damals waren, so sehr wirken sie heute müde und angepasst. Konkret: Eine Mehrheit von ihnen fand anfänglich die nationale Kundgebung für "Gleiche Rechte für Mann und Frau" unterstützungswürdig. Dann kam die Wende. Einige bürgerliche Initiantinnen – vor allem Frauen mit aufsteigendem Rang und Namen in ihren Parteien – entzogen der Kundgebung ihren Segen, weil da sowieso "nur links-extreme" Personen dabei seien. Parteiräson also vor Frauensolidarität! – Genau das Verhalten, von dem Männer aller politischer Schattierungen immer und immer wieder profitieren! Sie haben und behalten ihre bequemen Alibifrauen. Enttäuschend zum Beispiel Lili Nabholz, immerhin Präsidentin der Eidg. Kommission für Frauenfragen; ich traute ihr bis anhin – trotz FdP-Zugehörigkeit – frauensolidarisches Verhalten zu. Ihr nach allen Kanten "ausgewogener" und nichtssagender Artikel in der NZZ vom 11. Juni 80 (Grundtenor: Lohngleichheit ist für die Privatindustrie ja gar nicht so schlimm!) verdeutlicht es: sie als Initiatorin des Volksbegehrens wagt es nicht einmal mehr, eindeutig für ihre Initiative einzutreten! Müssen sich denn Parteifrauen derart anpassen? Richtiger wohl hier die Feststellung, dass die Zielrichtung einer FdP mit der Frauenbewegung unvereinbar ist.

Ziehen wir Lehren aus der Geschichte: Zusammenarbeit mit Frauen aus bürgerlichen Parteien ist weiterhin anzustreben, am ehesten möglich mit den dortigen Basisfrauen. Je exponierter Frauen in ihrer Partei sind, desto wirkungsvoller spielt die Parteiräson. Ob diese Aussage ebenso auf die SP-Frauen zutrifft? Die SP-Frauen beteiligten sich auch an der Berner Kundgebung. Telefon von Helmut Hubacher: "Wenn die SP-Frauen beteiligt sind, so gilt das für die ganze Partei!" Schön – aber die SP hat nicht mobilisiert; "Gleichberechtigung" ist dort noch zu sehr nur Frauensache. Eine Selbstkritik: unsere OFRA-Frauen liessen sich für die Gleichberechtigungs demo nicht aus den Schuhen lufzen. Aus Zürich waren wir vier Frauen. Die Ofra getten lockerten die Veranstaltung auf – witzig zwar, aber etwas zu herzig und unkämpferisch.

Brigitte Pfiffner

CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE

Jan. 1975: Am Frauenkongress in Bern wird beschlossen, eine eidg. Initiative für "Gleiche Rechte für Mann und Frau" zu lancieren. Unter den 80 Frauenorganisationen am Kongress fehlen die FBB/MLF und die damaligen Progressiven Frauen. Sie führen zum gleichen Zeitpunkt, wegen Differenzen mit den bürgerlichen Frauen, einen Antikongress durch.

Sept. 1975: Lancierung der Initiative, die erste nur von Frauen ergriffene überhaupt.

Dez. 1976: Die Initiative wird mit 57'296 gültigen Unterschriften eingereicht.

1977: Beginn des üblichen Vernehmlassungsverfahrens (die Kantone, Gemeinden, Parteien, Gewerkschaften, die Industrie, das Gewerbe und die Frauenorganisationen werden um ihre Stellungnahme gebeten).

1978: Das Vernehmlassungsverfahren ist abgeschlossen, die Stellungnahmen sind mit Ausnahme einiger Frauenverbände durchwegs ablehnend ausgefallen. Interessanterweise fehlen im 60-seitigen Vernehmlassungsantwortbuch die positiven Voten der OFRA, FBB und POCH...

1978: Der Bundesrat fühlt sich ausserstande "wegen der Komplexität der Materie" seine Botschaft fristgerecht abzuliefern und erhält ein Jahr Verlängerung für ihre Ausarbeitung.

Nov. 1979: Der Bundesrat legt die Botschaft und – mit fadenscheinigen Begründungen – den Gegenvorschlag vor.

7. Juni 1980: Nationale Kundgebung zur Unterstützung der Initiative. Das Initiativkomitee selbst nimmt allerdings nur mit einzelnen Frauen teil.

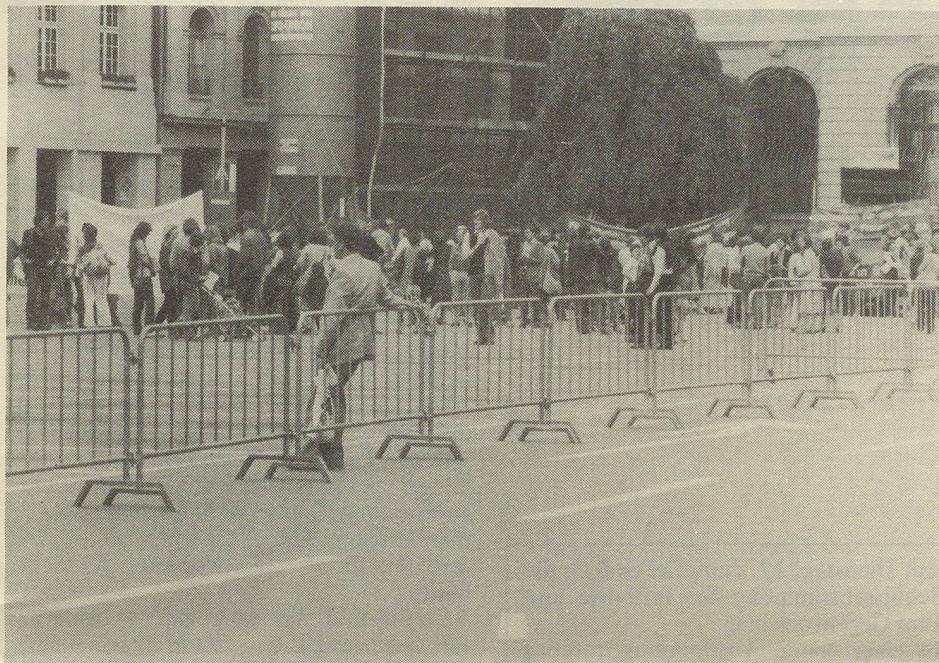
13./16. Juni 1980: Beratung im Nationalrat.

Herbst 1980: Der Ständerat führt die gleiche Diskussion über die Initiative und den Gegenvorschlag.

Vor 14. Dezember 1980: Die beiden Kammern (National- und Ständerat) müssen sich in ihren Meinungen einigen (Differenzbereinigung). Es muss ein einheitlicher Text als Gegenvorschlag z.B. zustande kommen.

Im Dez. 1980: werden sich die Initiantinnen zusammensetzen und beraten und entscheiden, ob sie die Initiative zugunsten des Gegenvorschlags zurückziehen, oder ob sie das Wagnis eingehen wollen, mit zwei Projekten in eine Volksabstimmung zu steigen.

1981: Volksabstimmung



Ursula Streckeisen sprach an der Kundgebung für die neue Frauenbewegung. Thema: Was verstehen wir unter "Gleichheit" und warum sind wir für die Initiative.

Wahrscheinlich der heikelste Punkt in der ganzen Debatte um "gleiche Rechte" ist immer wieder die Frage: "Woran orientieren wir unser Frauenbild?" Wenn es irgend einmal so ausgesehen haben sollte, als ob wir Frauen gerne Super-Männer werden wollten, dann ist jetzt die letzte Möglichkeit, auszusteigen. Nein, so nicht. Auch nicht mit Militär, das haben wir auch in Luzern deutlich gesehen. Dafür aber mit neuen Lebensqualitäten, mit mehr Gerechtigkeit, mit mehr Zeit, uns anderen Sachen als nur dem Broterwerb und der Hausarbeit zu widmen – das heißt aber klar, dass wir *alle* anstehenden Arbeiten, inner- und ausserhäuslich, anders verteilen müssen. Und dies war einer der Kernpunkte, die Ursula so genau formuliert hat.

Zur Initiative hat mich eine ihrer Überlegungen besonders beschäftigt: Ursula hat erklärt, dass der Gegenvorschlag des Bundesrates die Front der "Befürworterinnen einer Verbesserung" spaltet. Das stimmt. Die einen sind für den Gegenvorschlag und die anderen für die Initiative. Anstatt dass jetzt endlich einmal alle, denen es ernst ist mit den "gleichen Rechten" zusammenstehen, streiten sie gegeneinander – und wie! (siehe Bericht Brigitte Pfiffner.)

Weil aber auch die Initiantinnen wissen, dass zwei Projekte (Initiative und Gegenvorschlag), wenn sie miteinander zur Abstimmung kommen, keine Chance haben, werden sie fast gezwungen, ihre Initiative zurückzuziehen, damit wenigstens eines von beiden eine Chance hat – und das eben ist eine mittlere Erpressung! Wir halten den Initiantinnen die Daumen, dass sie möglichst lange durchhalten!

Zita Künig

1. *Mir Froue sy die Tumme gsy, doch üs isch klar, das isch verby,
Mir Froue sy die Bschißne gsy, doch das isch jitz verby.*
Refrain: *Halli, hallo, halli, hallo,
üs Froue geit's ja immer eso.
Halli.... ir Schwyz, da geit's eso.*

2. *D'Frou chocht u putzt, zieht d'Goofe uf, het Fliessbandplatz tagy – tagus
Was brucht die glichberächtigt z'sy,
das bringt em Ma nüt y.*

3. *Dass d'Froue öppis tänke chöi, das schint em Bundesrat ganz nöi,
Drum murxt er mit sim Vorschlag glatt d'Iniziative ab.*

4. *E Gägevorschlag ohni Frisch!
Mir gseh ganz klar, das isch e Lischt
Mir kenne scho die Warterei,
bis mir es Gsetz de hei!*

(*OFRAgetten, Melodie "Mues alewiyl s'ploogete Hansli sy"*)





"GLEICHE RECHTE" IM NATIONALRAT

Ja, wir haben unsere Demo extra wegen der Session auf den 7. Juni gelegt. Wir wollten den Parlamentarier/innen und der Öffentlichkeit zeigen, dass es uns ernst ist mit den "gleichen Rechten"; dass wir uns nicht so einfach abspeisen lassen mit einem Gegenvorschlag – und dann das! Angesagt auf Donnerstag, den 12. Juni, um 08.00 Uhr: Traktandum "Gleiche Rechte". Die Initiantinnen, Frauen aus der neuen Frauenbewegung, Parteifrauen jeglichen Couleurs und jeden Verbandes, Schüler und Schülerinnen, alle versammelt auf der Tribüne – und dann eben lange nichts, nichts, nichts!

Andere Geschäfte wurden noch vorgezogen und erst nach 11.00 Uhr am Morgen wurden die Fraktionssprecher/innen aufgerufen, ihre Meinung zu sagen.

Als Zuschauerin ist es untersagt, eine Meinung kundzutun, z.B. zu pfeifen, zu klatschen, zu buhen oder zu rufen. Einfach schweigen und zuhören. Also auch, wenn eine Frau (Segmüller, CVP) im Namen ihrer Partei zu erklären versucht, dass es eben gerechtfertigt sei, einer Sekretärin weniger Lohn zu zahlen, wenn sie dreimal ansetzen müsse, bis der Brief korrekt sei, als ihrem Kollegen nebenan, der den Brief auf Anhieb richtig mache. Da streikten dann zum ersten Mal die Zuhörerinnen – das war einfach zu dick! Sie wurden auch prompt vom Nationalratspräsident mit der Glocke zur Ordnung gerufen. Aber immerhin – ein Lebenszeichen auf der Tribüne!

Als um 13.00 Uhr die Sitzung geschlossen wurde, hatten eben erst die Fraktions-sprecher/innen und ein Einzelvotant das Wort gehabt; der dafür gerade recht. Es war Allensbach, Vertreter des Vorortes (Industrie), der sogar gegen das Gegenvorschlagsprojekt des Bundesrates wetterte, weil es ihm zu teuer vorkam. Wir erinnern uns aber auch gern an die Voten von Y. Jaggi, Sozialdemokratin, und R. Mascarin, die sich als einzige klar für die Initiative einsetzten.

Am Dienstag, 17. Juni, fiel endlich die Schlussabstimmung zur Initiative und zum Gegenvorschlag.

In einer ersten Abstimmung unterlag die Initiative mit 108 : 56 Stimmen dem Gegenvorschlag. In der Schlussabstimmung (entweder Gegenvorschlag oder gar nichts unterstützen) stimmten noch ganze 98 von 200 Ratsmitgliedern: Mit 95 : 3 Stimmen wurde beschlossen, den Gegenvorschlag zu unterstützen.

Dann Schluss der Sitzung – der Gong der ersten Runde.

Montag, 16. Juni, 15.00 Uhr: 2. Runde. Eigentlich meinten wir, dass wenigstens diesesmal die "gleichen Rechte" wirklich an den Anfang kämen. Die brauchen doch viel Zeit. Es hatten sich 22 einzelne Sprecher angemeldet (das macht man beim Präsidenten persönlich), die Redezeit war auf 5 Minuten beschränkt. Aber es kam wieder anders. Zuerst war die allgemeine Fragestunde an die Bundesräte, bei der eben auch die höchsten Magistraten anwesend sein müssen. Diese ging gut eine Stunde – aber dann noch ein Geschäft und was für eins! Es ging um die Spionage-Zeitung-Parlamentarier-Immunitäts-Affaire, zu der es natürlich auch wieder viel zu sagen gab. Frauen hatte es nicht mehr so viele wie das letzte Mal. Die Anreise wurde immer beschwerlicher – es war schon einigen der Atem ausgegangen. Dann aber doch die Einzelvotant/innen. CVP-Familienpolitiker, die den unvermeidlichen Untergang der Familie, die Verwahrlosung der Kinder, die Vermännlichung der Frauen und überhaupt alles Wüste voraussagen, wenn... Und Frauen, die, wenn mir niemand gesagt hätte, von welcher Partei sie wären, ich sofort auf "lingg" getippt hätte, ja, wenn sie nicht an ihre zum Teil wirklich brillanten Argumentationen eine fadenscheinige Rechtfertigung für den Gegenvorschlag gebracht hätten.

Aber – und das wäre ein "Lehrblätt" für alle gewesen – dann setzte Kurt Furgler an und erklärte kurz in dreiviertel Stunden allen Anwesenden, dass es eigentlich ganz einfach und klar sei und dass wir uns keine Sorgen machen müssten, denn die "gleichen Rechte" wären doch eine Selbstverständlichkeit für alle anständigen Menschen, ja, auch für die in der Privatwirtschaft, und dass er gar keine Frist nötig habe, denn im Pressieren, wenn es um die Menschenwürde der Frau gehe, sei er einmalige Spitze, denn er schätzt seine Mutter, seine eigene Frau und seine Töchter, und schliesslich seien ja alle Männer Söhne von Frauen.

Jawohl.

Ob und wie es genau weitergeht, lest Ihr in der nächsten Ausgabe. Zita Küng

